

Marleen Mügge

Im Auftrag von Ohne Kerosin nach Düsseldorf

oknd@oknb.email

www.ohnekerosinnachberlin.com/oknd/

Landtag Nordrhein-Westfalen

Hendrik Wüst, CDU

Mona Neubaur, Bündnis 90/Die Grünen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Münster, 13. Juni 2022

Offener Brief: Klimaschutz in NRW

Sehr geehrter Herr Wüst, sehr geehrte Frau Neubaur, sehr geehrte zukünftige NRW-Landesregierung!

So sehr die politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit gerade notwendigerweise auf dem aktuellen Russland-Ukraine-Krieg und dessen unmittelbaren Folgen liegt und auch die Corona-Pandemie in der vergangenen Zeit politisch im Fokus stehen musste, dürfen andere akute Krisen nicht in Vergessenheit geraten. Die Klimakrise, die schon heute viele Menschen trifft, insbesondere im globalen Süden, und in Zukunft bei Tatenlosigkeit Konsequenzen für alle Teile der Welt haben wird, muss daher in allen politischen Verhandlungen mitgedacht, ja in ihrer Wichtigkeit priorisiert werden. Dies gilt auf internationaler, bundesweiter, aber genauso auch auf Landesebene und somit auch für Ihre aktuellen Koalitionsverhandlungen als zukünftige Landesregierung.

Ich schreibe Ihnen und der Verhandlungskommission zu dem Koalitionsvertrag der zukünftigen Landesregierung im Namen der Aktivist*innen der Fahrradprotestaktion „Ohne Kerosin nach Düsseldorf“ (OKND), die in der Woche vor der Landtagswahl quer durch NRW geradelt ist, um in lauten Protesten das Thema Klimagerechtigkeit durch die Straßen des Landes zu tragen, und um mit denjenigen Menschen in NRW

in Dialog zu treten, die sich schon heute mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen. In zahlreichen Gesprächen und direkt an den entscheidenden Schauplätzen sind wir dem Thema Klimagerechtigkeit begegnet und haben es uns zur Aufgabe gemacht, dieses in Form klarer Forderungen an Sie als zukünftige Landesregierung, unsere politische Vertretung, heranzutragen.

Auf unserer Tour sind wir mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen, die bereits sehr engagiert und zukunftsorientiert handeln und im Bewusstsein der Folgen von Untätigkeit in der aktuellen Krise ihr Leben nachhaltig umgekrempelt haben.

Ökologisch betriebene Landwirtschaftsprojekte, private Investitionen in erneuerbaren Strom, ehrenamtliches Engagement für die Erhaltung natürlicher Gebiete – all das sind nur einige wenige Beispiele dafür, wie die Menschen hier in NRW vorbildlich vorgehen. So dankbar wir für diesen Einsatz auch sind, so sehr frustriert uns doch, dass dieser immer noch insbesondere von Privatpersonen ausgehen muss und diesen häufig auch noch erschwert wird. Besonders das ehrenamtliche Engagement zum Schutz unserer Umwelt sollte längst überflüssig sein. In einem (Bundes-)Land, in dem die Klimakrise ernst genommen wird, muss der Schutz des Klimas und der Umwelt gesetzlich verankert und damit eine Selbstverständlichkeit sein.

Was wir auf unserer Tour zu sehen bekamen, war leider häufig das Gegenteil.

Unseren ersten Eindruck davon, wie Klima-, Arten- und Umweltschutz in NRW nicht beachtet werden, gewannen wir bereits an unserem ersten Tourtag. In Halle standen wir vor einem Waldstück, das gerodet und dessen Fläche in Zukunft im Zuge einer Firmenerweiterung versiegelt und bebaut werden soll. Hier war eindrücklich zu sehen, wie Profitinteressen über den Erhalt von Biodiversität und natürlichen Habitaten gestellt werden.

Auf unserem zweiten Tourtag wurde OKND von der Stadt Hamm in Empfang genommen und uns Aktivist*innen die Möglichkeit gegeben, im Gespräch mit dem städtischen Oberbürgermeister viel über die dortigen kommunalen Klimaschutz-Projekte zu erfahren. Leider mussten wir dabei auch lernen, dass die Umsetzung vieler ambitionierter Vorhaben bei der Transformation hin zu lokaler Klimaneutralität in vielen Fällen an bürokratischen Hürden und begrenzten Handlungsmöglichkeiten

der Kommunen scheitert, obwohl gerade diese den Wandel lokal vorantreiben können sollten.

Die Wichtigkeit der Rolle der einzelnen Gemeinden und Städte wurde uns während der Tour besonders eindrücklich vermittelt, als wir in der Stadt Hagen, die im vergangenen Sommer stark von der Hochwasserkatastrophe betroffen war, mit den dortigen politischen Entscheidungsträger*innen sprechen konnten.

Die Einigkeit, dass nur eine konsequente Klimaschutzpolitik verhindern kann, dass solche Katastrophen in Zukunft immer häufiger passieren, war groß – und steht im krassen Gegensatz zur Politik der letzten Landesregierung, die lieber weiter den Abbau von Braunkohle unterstützt und den Autoverkehr gefördert hat, statt die notwendigen Schritte in Richtung Energie- und Verkehrswende einzuleiten.

Diese Tatenlosigkeit zeigte sich uns dann auch in Oberhausen: Hier droht die Abholzung von großen Teilen des Sterkrader Waldes – einer grünen Oase inmitten des dicht besiedelten Ruhrgebiets – für den Ausbau des Autobahnkreuzes Oberhausen (A2/A3/A516). Neben dem zusätzlichen Lärm und der Luftverschmutzung für die anwohnenden Menschen werden dadurch auch z.T. geschützte Tierarten, beispielsweise Fledermäuse, gefährdet. Förderung von umweltbelastendem Autoverkehr auf Kosten natürlicher CO₂-Speicher ist das, was hier geschieht.

Für umweltfreundliche Mobilität dagegen fehlen meist die notwendigen Investitionen. So sicher wir Aktivist*innen uns auch während der Fahrradprotestaktion auf den Straßen bewegen konnten, im Alltag, also ohne Polizeischutz, den wir als Fahrraddemonstration hatten, ist die Wahl des Fahrrads als umweltfreundliches Verkehrsmittel mit einem hohen Sicherheitsrisiko verbunden. Auch der öffentliche Nahverkehr, der als Alternative zum Individualverkehr mit Verbrennungsmotoren zunehmend genutzt werden sollte, bietet nicht die nötigen Rahmenbedingungen. Als Fahrradprotestaktion setzen wir uns somit auch ausdrücklich für eine schnelle Verkehrswende ein.

Zuletzt möchten wir auch noch einmal betonen, dass vor allem das Thema Kohleausstieg in einem Bundesland wie NRW, welches noch massiv Braunkohle abbaut, nicht vergessen werden darf. Alle bisher angesprochenen nötigen Veränderungen sind notwendig, aber leider annähernd wirkungslos, wenn die Kohleverbrennung, auf die entscheidende Mengen der CO₂-Emissionen Deutschlands zurückzuführen sind, nicht schleunigst beendet wird. Daher stellen wir auch dieses Thema in gesonderten

Forderungen heraus und erwarten von Ihnen, der zukünftigen Landesregierung, sich dafür auch auf Bundesebene stark zu machen!

Um die Klimakrise aufzuhalten bzw. ihre Folgen bestmöglich abzumildern, müssen die Ziele des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden! Dies kann nur durch konsequente, zielgerichtete Handlungen nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch auf Landesebene und durch politischen Druck im Bundesrat von Seiten der Länder geschehen.

Daher richten wir nun im Folgenden unsere Forderungen direkt an Sie:

Keine weitere Flächenversiegelung! Keine Natur darf mehr klimaschädlichen Projekten weichen!

Für den Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir natürliche CO₂-Speicher und eine intakte Natur. Gerade in den dicht besiedelten Gebieten NRWs sind versiegelte Flächen der Normalzustand und offene Flächen oder Vegetation eine seltene und wertvolle Ausnahme. Dass trotzdem immer noch Wälder und naturbelassene Flächen für die Erweiterungsprojekte profitorientierter Konzerne oder für klimaschädliche Infrastrukturprojekte wie z.B. den Ausbau von Autobahnen weichen müssen, ist vor diesem Hintergrund unverständlich und aus klima- und umweltpolitischer Perspektive absolut falsch. Anstatt neue Flächen für Autobahnen und Produktionsflächen freizugeben, müssen wir die versiegelten Flächen effizienter nutzen und bereits bestehende Flächen entsiegeln und in Natursysteme zurückverwandeln. Auch aus städteplanerischer Sicht ist Entsiegelung ein geeignetes Mittel, um die Schäden bei Flutkatastrophen und Überschwemmungen, welche bei einem ungebremsten Temperaturanstieg durch den Klimawandel immer wahrscheinlicher werden, abzumildern.

Deswegen fordern wir, dass NRW so schnell wie möglich ein Netto-Null bei Flächenversiegelungen erreicht, dass also nicht mehr Flächen neu versiegelt werden, als zugleich an anderer Stelle entsiegelt werden. Grundsätzlich ist eine Verhinderung von neuer Flächenversiegelung aber immer vorzuziehen, nur in Ausnahmefällen sollte eine zusätzliche Versiegelung genehmigt und dann an die Entsiegelung entsprechender Flächen gekoppelt werden.

Städte für die Klimakrise rüsten!

Die Klimakrise ist Realität. Laut dem aktuellen Bericht der World Meteorological Organization wird die Überschreitung der 1,5-Grad-Grenze bis 2026 mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit mindestens einmal eintreten¹. Extreme Hitzewellen, Dürren und Überflutungen werden uns in Zukunft immer häufiger und härter treffen. Nicht nur die Flutkatastrophe im Sommer 2021 und die schweren Stürme und Tornados in diesem Jahr haben uns vor Augen geführt, dass gerade die dicht besiedelten Gebiete Nordrhein-Westfalens besonders stark gefährdet sind. Zudem führen Luftverschmutzung, Lärm und Hitzewellen schon heute zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen und verringern die Lebenserwartung der Menschen in den Großstädten um Monate bis Jahre². Diese Gefahren dürfen nicht ignoriert und müssen bei der Stadtplanung berücksichtigt werden, um größere Risiken und Gesundheitsschäden für die Bevölkerung in Zukunft zu vermeiden. Gesetzliche Regelungen sind dabei unabdingbar.

Konkret brauchen insbesondere Großstädte mehr Grünflächen und Parkanlagen, die die Luftqualität in der Stadt verbessern, durch Speicherung von Wasser Dürreperioden vorbeugen und als Kaltluftschneisen der extremen Hitze in der Innenstadt im Hochsommer entgegenwirken. Für den Hochwasserschutz sind nicht nur effektive Frühwarnsysteme und Hochwasser-Infrastruktur nötig, sondern insbesondere auch entsiegelte Überflutungsflächen. Weitere Begradigungen oder Einengungen natürlicher Flussläufe, beispielsweise durch Baumaßnahmen, sind im Angesicht der Klimakrise extrem unverantwortlich und müssen gesetzlich verboten werden.

Fahrradverkehr stärken, Radwegnetze ausbauen!

Fahrradfahren ist mehr als ein Hobby, sondern für Millionen von Menschen in NRW ein essenziell wichtiges Verkehrsmittel – insbesondere für Menschen mit niedrigerem Einkommen in den Großstädten. Durch die Bevorzugung des Autoverkehrs in fast allen Städten in NRW ist das Fahrradfahren in der Stadt aber oft nicht nur anstrengend und frustrierend, sondern auch gefährlich, sodass viele Menschen sich verständlicherweise nicht trauen, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen. Breite, gut ausgebaute Radwege, möglichst baulich getrennt von den Fahrbahnen für Autos, sind für die Verkehrswende in der Stadt essenziell und durch Abbau von Parkflächen oder Verringerung der Fahrspuren für Autos auch ohne größeren Aufwand möglich.

Gerade im ländlichen Raum ist der Zustand der Radwegenetze sehr verbesserungswürdig. Abseits der touristisch erschlossenen Fahrradstrecken sind oftmals nur (Schnell-)Straßen für Autos vorhanden, auf denen das Fahrradfahren lebensgefährlich wäre. Dabei sollte die Verbindung nah beieinanderliegender Orte im ländlichen Raum mit Fahrradwegen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Das Land muss den Ausbau solcher Strecken deutlich beschleunigen. Falls es dadurch zu zusätzlichen Flächenversiegelungen kommt, müssen entsprechende Ausgleichmaßnahmen ergriffen werden.

ÖPNV ausbauen, Preise bezahlbar machen, ländliche Regionen besser anbinden!

Klimaschutz heißt auch Verkehrswende. Individualverkehr im eigenen Verbrenner ist längst nicht mehr zeitgemäß, leider aber oftmals noch alternativlos, wenn entsprechender Nahverkehr nicht (regelmäßig) fährt und alles andere als erschwinglich ist. Insbesondere die Anbindung der ländlichen Regionen an den ÖPNV ist in NRW oftmals katastrophal. Daher fordern wir einen massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes, sowohl in Bezug auf die Anzahl und Frequenz der Verbindungen als auch in Bezug auf Kapazitäten und Personal. Der Ausbau des ÖPNV-Netzes darf allerdings nicht durch noch vorhandene Naturflächen, Parks und Wälder stattfinden, sondern muss auf den bereits vorhandenen Autostraßen erfolgen.

Zudem ist eine Verringerung der Preise durch stärkere Subventionierung des ÖPNVs durch Steuergelder nötig und – wie die Einführung des 9-Euro-Tickets zeigt – auch durchaus möglich. Außerdem sollte das Land Kommunen unterstützen, die als Modellregionen einen ticketfreien ÖPNV einführen wollen.

Bevorzugung des Autoverkehrs beenden: Tempolimit und autofreie Städte jetzt!

Der Verkehrssektor ist in Deutschland besonders weit davon entfernt, seine Klimaziele einzuhalten. Verantwortlich hierfür ist größtenteils der Autoverkehr. Während andere Formen der Mobilität kaputtgespart werden, wird für den Autoverkehr großzügig Infrastruktur in Form von z.B. Autobahnen und Parkplätzen in den

Innenstädten bereitgestellt – selbstverständlich finanziert durch Steuergelder. Diese einseitige Bevorzugung des Autoverkehrs muss endlich aufhören!

Eine längst überfällige Maßnahme ist die Einführung eines generellen Tempolimits, wie es in fast allen Staaten der Erde längst existiert. Sinnvoll wären hier Begrenzungen wie z.B. in den Niederlanden oder Norwegen (100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerhalb). Dadurch würden nicht nur enorme Mengen an CO₂-Emissionen eingespart, sondern auch die Verkehrssicherheit erheblich erhöht und damit unmittelbar Menschenleben gerettet.

Autoverkehr in Großstädten führt zu gesundheitsschädlicher Luftverschmutzung und Lärmbelastung und verbraucht übermäßig viel wertvollen Platz. Daher sollten Städte so weit wie möglich autofrei gehalten werden, das Land sollte hierbei kommunale Projekte und Planungen unterstützen. Wo Autoverkehr in den Städten nicht vermeidbar ist, sollte eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gelten, die mit deutlich weniger Luftverschmutzung, Lärm und Unfallgefahr einherginge als die momentan geltenden 50 km/h. Um die zurzeit noch sehr aufwendigen Genehmigungsverfahren für die Kommunen zu vereinfachen, sollte sich NRW dafür einsetzen, dass bundesweit innerorts eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h eingeführt wird und nur in Ausnahmefällen 50 km/h gefahren werden dürfen.

Subventionen für Kohle abschaffen, sozial- und klimagerechte Energiepolitik!

Der Kohleausstieg ist beschlossen. Die oft indirekte Subventionierung von Braunkohle, beispielsweise über die Besteuerung, ist allein vor diesem Hintergrund schon nicht mehr zeitgemäß, nicht zu sprechen von der immensen CO₂-Belastung, die dadurch gefördert wird. Daher fordern wir die Streichung jeglicher Subventionierung von Kohlestrom, egal ob direkt oder indirekt!

Für NRW als Industriestandort und bevölkerungsreichstem Bundesland ist der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger eine besondere Herausforderung, die so schnell und konsequent wie möglich angegangen werden muss. Daher sollte sich die neue NRW-Landesregierung auch auf Bundesebene für ein Ende der klimaschädlichen Subventionspolitik einsetzen, um den dringend nötigen Umstieg zu erleichtern.

Das dadurch eingesparte Geld muss in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden, auch zur Sicherung einer von autokratischen Staaten unabhängigen Energieversorgung. Vor allem aber muss eine sozial gerechte Umlagepolitik betrieben werden, sodass höhere Strompreise gesamtgesellschaftlich getragen werden können.

Windkraft voranbringen, pauschale Abstands- und Schallregelungen abschaffen!

Die pauschale Abstandsregelung von tausend Metern zur nächsten Siedlung für neue Windkraftanlagen schränken den Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich und unnötig ein. Für einen effizienten Ausbau der Windenergie darf bei Genehmigungsverfahren nicht allein der Abstand zur nächsten Siedlung, sondern müssen die mittleren Schallemissionen entscheidend sein. Dabei ist es wichtig, realistische Schallmittelwerte zu wählen und nicht die Maximalwerte für ungünstige Bedingungen, so wie dies z.B. auch beim Bau von Straßen gehandhabt wird. Eine solche individuellere Regelung würde dazu führen, dass viel mehr Fläche für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung stünde. Zusätzlich müssen die Verfahren für die Genehmigung von Windkraftanlagen beschleunigt werden, sodass die neueste Technik möglichst schnell auch verbaut wird.

Raus aus der Kohle, keine Dörfer mehr abbaggern!

Einer der entscheidendsten Schritte, die zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels nötig sind, ist ein rascher Ausstieg aus der Kohleverstromung³. Daher ist es uns unverständlich, dass hier in NRW bei der aktuellen Faktenlage und einem beschlossenen Kohleausstieg immer noch weitere Dörfer – als Paradebeispiel ist hier Lützerath zu nennen – dem Tagebau weichen müssen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Deutschland seinen gerechten Anteil am Einhalten des 1,5-Grad-Ziels nur dann einhalten kann, wenn die Braunkohle unter Lützerath nicht mehr verstromt wird⁴. Die 1,5-Grad-Grenze verläuft also vor Lützerath, nicht dahinter! Als OKND verstehen wir uns als Teil der Klimabewegung und solidarisieren uns mit den Aktivist*innen an allen Orten des zivilen Widerstandes, die Lützerath verteidigen.

Vor dem Hintergrund der Klimakrise und der bestehenden Möglichkeiten im Ausbau der erneuerbaren Energien ist es untragbar, dass noch immer Menschen ihr Zuhause aufgeben müssen, weil ihre Dörfer dem Braunkohletagebau weichen müssen. Daher sagen wir: alle Dörfer bleiben, und so auch: Lützerath bleibt!


Ich bitte Sie, im Namen der Bürger*innen von NRW und aller Aktivist*innen von OKND, diese Forderungen in den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen und in Ihrer landespolitischen Arbeit umzusetzen.

Mit erwartungsvollen Grüßen,

Ohne Kerosin nach Düsseldorf

Weitere Unterzeichnende, die an den Aktionen unserer Tour beteiligt waren:

Klimabündnis Hagen  Klimabündnis
Hagen

AllerWeltHaus Hagen e.V.  AllerWeltHaus
Kultur-
und Bildungszentrum

Bündnis für den Erhalt des Sterkrader Waldes, Oberhausen



TEMPEL Offene Tür, Duisburg



Gerd Schinkel, Köln, Liedermacher

1 World Meteorological Organization. 2022. WMO Global Annual to Decadal Climate Update.

2 Lelieveld, J., Pozzer, A., Pöschl, U., Fnais, M., Haines, A., & Münzel, T. 2020. Loss of life expectancy from air pollution compared to other risk factors: a worldwide perspective. *Cardiovascular research*, **116(11)**, 1910-1917.

3 IPCC, 2022: Summary for Policymakers. In: *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press. In Press.

4 Rieve, Catharina, Philipp Herpich, Luna Brandes, Pao-Yu Oei, Claudia Kemfert und Christian von Hirschhausen. 2021. "Kein Grad weiter – Anpassung der Tagebauplanung im Rheinischen Braunkohlerevier zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze". Politikberatung Kompakt. Berlin: DIW Berlin.